

Abgepresste Vereinbarung

US-Druck erfolgreich: Sudan und Israel wollen Beziehungen »normalisieren«. Sudanesischer Widerstand an. **Von Karin Leukefeld**

Am vergangenen Freitag haben der Sudan und Israel in einer gemeinsamen Erklärung mit den USA angekündigt, ihre Beziehungen »normalisieren« und »den Kriegszustand beenden« zu wollen. Zunächst soll es um den Aufbau von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit Schwerpunkt auf der Landwirtschaft gehen, hieß es in der vom Weißen Haus veröffentlichten Erklärung. Dazu werde es in den kommenden Wochen Verhandlungen zu Kooperationsabkommen geben. Verschiedene politische Fraktionen im Sudan haben die Vereinbarung bereits zurückgewiesen.

Nach dem Sturz des langjährigen sudanesischen Präsidenten Omar Al-Baschir im April 2019 wird das Land heute von einem fragilen Interimskabinet aus Zivilisten und Militärs regiert. Der Sudan liegt aufgrund jahrzehntelanger Sanktionen, verschärft durch Pandemie und verheerende Überschwemmungen in diesem Jahr, wirtschaftlich am Boden und benötigt dringend internationale Finanzhilfen. Um Zugang zu Geldgebern wie dem Internationalen Währungsfonds zu erhalten, muss das Land jedoch von der US-Liste der staatlichen Terrorismusunterstützer gestrichen werden.

Dafür stellte Washington zwei Bedingungen: erstens eine Entschädigungszahlung in einen Fonds für Wiedergutmachung an Familien von Opfern der Anschläge, die 1998 durch Al-Qaida auf US-Botschaften in Kenia und Tansania verübt worden waren – Khartum wird dafür verantwortlich gemacht, da Osama bin Laden in den 90er Jahren unter Al-Baschir im Sudan lebte. Ende August fügte US-Außenminister Michael Pompeo dann hinzu, dass Sudan zweitens seine Beziehungen mit Israel noch vor den US-Präsidentschaftswahlen »normalisieren« solle. Beide Bedingungen sind in der vergangenen Woche erfüllt worden. Nachdem Khartum am Donnerstag die Zahlung geleistet hatte, verkündete US-Präsident Donald Trump in einer am Freitag vom Weißen Haus veröffentlichten Erklärung, er habe den Kongress darüber informiert, dass Sudan von der Liste gestrichen werde.

Am selben Tag telefonierte Trump dann mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, dem zivilen sudanesischen Interimspremier Ab-



Palästinensischer Protest in Rafah nach der sudanesisch-israelischen Annäherung (24.10.2020)

dullah Hamdok und dem militärischen Vorsitzenden der Übergangsregierung, Abdel Fattah Al-Burhan. Sudan werde Israel noch »vor den US-Präsidentschaftswahlen« anerkennen, gab sich Trump nach dem Telefonat überzeugt. Man werde sich in den kommenden Wochen treffen, um Einzelheiten festzulegen. Eine Erklärung aus Khartum liegt auch Anfang der Woche nicht vor.

Bereits im Februar hatte der Sudan seinen Luftraum für israelische Flugzeuge geöffnet, die auf dem Weg nach Uganda waren. Dort hatten die USA eine Begegnung zwischen Al-Burhan und Netanjahu arrangiert. Sudan sei nun das dritte arabisch-islamische Land, das seine Beziehungen mit Israel »normalisieren« werde, hieß es aus dem Weißen Haus. Im August hatten die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain entsprechende Abkommen mit Israel unterzeichnet.

Innersudanesischer Konflikte sind jedoch vorprogrammiert. Die »Koalition der Kräfte für einen nationalen Konsens« erklärte, die Sudanesen seien durch keine Abkommen gebunden, die die öffentliche Meinung ignorierten.

Der Sudan unterstütze die legitimen Rechte der Palästinenser und stehe fest zu seinen historischen Positionen. Die Interimsregierung sei zudem nicht autorisiert, so eine Vereinbarung zu treffen. So möchte Premier Hamdok das Abkommen zwar vom Parlament ratifizieren lassen. Im Moment gibt es aber gar kein Parlament, seine Einsetzung in der Übergangszeit bis 2022 ist erst vorgesehen.

Eine Reihe von Parteien innerhalb der Oppositionskoalition »Kräfte für Freiheit und Wandel« (FFC) drohte mit dem Entzug der Unterstützung für die Übergangsregierung, sollte Khartum eine »Normalisierung« mit Israel vereinbaren. So ließ die Sudanesisch-Volks- und Kongresspartei in einer Mitteilung verlautbaren, die Sudanesen würden »systematisch isoliert und an den Rand gedrängt«. Die Öffentlichkeit sei von dem geheimen Abkommen ausgeschlossen und daher auch nicht an dessen Umsetzung gebunden. Kamal Omar, Vorsitzender der Populären Kongresspartei, warf der Übergangsregierung vor, »regionale und internationale Geheimdienste zufriedenzustellen« zu wollen.

Mohammed Wadaa von der Sudanesischen Volkspartei erklärte, das Interimskabinet habe einen großen Fehler gemacht. Es sei nicht befugt, »mit einem rassistischen Staat, in dem es religiöse Diskriminierung« gebe, so weitreichende Vereinbarungen zu treffen. Auch der ehemalige Ministerpräsident Sadik Al-Mahdi, der 1989 von Al-Baschir gestürzt worden war, äußerte Widerspruch. Die Vereinbarung verstoße gegen das sudanesisch Grundgesetz, so Al-Mahdi: »Sie wird zum Verschwinden des Friedensprojektes im Mittleren Osten beitragen, das wiederum könnte einen Krieg auslösen«, warnte der Politiker laut *Al-Dschasira*.

Protest kam auch vom Vorsitzenden der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas: »Der einzige Weg zum Frieden ist, das internationale Recht anzuerkennen und alle Besatzungstruppen abzuziehen«, hieß es. Das iranische Außenministerium kommentierte das Abkommen zynisch: »Bezahle genug Lösegeld, schließe deine Augen vor den Verbrechen gegen die Palästinenser, und schon wirst du von der sogenannten Terrorliste gestrichen.«

Hintergrund Palästinenser ignoriert

Das Auswärtige Amt hat die Ankündigung Israels und des Sudan, ihre Beziehungen »normalisieren« zu wollen, begrüßt. Dies sei ein »weiterer wichtiger Schritt zu mehr Stabilität und zu einem friedlicheren Verhältnis zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn«, hieß es in einer am Wochenende verbreiteten Erklärung. Den USA gebühre »Dank und Anerkennung« für ihre Vermittlung, die Entwicklungen der letzten Wochen hätten ein »einzigartiges Momentum geschaffen, (...) um nachhaltigen Frieden im Nahen Osten zu erreichen.«

Sowohl die USA als auch Israel weigern sich jedoch, das Recht der Palästinenser auf einen souveränen Staat mit der Hauptstadt Ostjerusalem anzuerkennen. Auch Berlin und die EU haben trotz wohlwollender Worte und Durchhalteparolen für die Palästinenser in ihrem von Israel seit Jahrzehnten besetzten Land nichts zu bieten. Über die Ankündigung der israelischen Regierung, im besetzten Westjordanland mehr als 4.900 neue Wohneinheiten in jüdischen Siedlungen zu bauen, zeigten sich am 16. Oktober die Sprecherinnen und Sprecher der Außenministerien Deutschlands, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs, Italiens und Spaniens – nicht einmal die Außenminister selber – »zutiefst besorgt«.

Fahed Sleiman, Führungsmitglied der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (DFLP), warnte im Gespräch mit *JW* Anfang Oktober in Damaskus, die EU und Deutschland machten große politische Fehler in der Region. Tatsächlich betrieben sie keine Außenpolitik, sondern liefen lediglich den USA hinterher. Wenn der Konflikt gelöst werden solle, müsse man die Palästinenser einbeziehen und nicht ausgrenzen. Die »Normalisierungspolitik« sei keine Lösung, sondern vertiefe die Gräben in der Region. Sie gehe mit einer verstärkten Aufrüstung Israels und der Golfstaaten einher. Einen Krieg halte er nicht für ausgeschlossen. (kl)

»Normalisierung« ohne Abkommen

Saudi-Arabien steht inoffiziell bereits an Israels Seite gegen die Palästinenser

US-Außenminister Michael Pompeo hat Saudi-Arabien aufgefordert, dem Beispiel der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und Bahains zu folgen und seine Beziehungen mit Israel zu »normalisieren«. Anlässlich des US-amerikanisch-saudischen »Strategiedialogs« war Pompeo am 14. Oktober in Washington mit seinem saudischen Amtskollegen Prinz Faisal bin Farhan Al Saud zusammengetroffen.

Das »Abraham-Abkommen« – so wird die Übereinkunft zur »Normalisierung« der Beziehungen zwischen Israel und den VAE genannt – zeigt eine »Dynamik des Wandels in der Region«, so Pompeo. Washington hoffe, dass auch Riad sich dem Wandel anschließe und seine »Beziehungen normalisiere«. Er danke den Saudis, die schon viel zum Zustandekommen der »Abraham-Abkommen« beigetragen hätten, und er hoffe, dass Saudi-Arabien die Palästinenser dazu bewegen könne, an den

Verhandlungstisch mit Israel zurückkehren. Beide Außenminister bekräftigten die »gegenseitige Verpflichtung zur Bekämpfung bössartiger iranischer Aktivitäten«. Pompeo fügte hinzu, dass die Trump-Administration »ein robustes Programm für Waffenverkäufe« für Saudi-Arabien unterstütze.

Offiziell hält Saudi-Arabien noch an der »Arabischen Friedensinitiative« fest, die 2002 vom damaligen Kronprinzen und späteren saudischen König Abdullah bin Abdulasis Al Saud eingebracht und von der Arabischen Liga übernommen worden war. Nach dem Motto »Land für Frieden« sollte Israel demnach die 1967 besetzten palästinensischen Gebiete räumen, im Gegenzug sollten die arabischen Staaten den Staat Israel anerkennen und mit ihm Frieden schließen.

Die saudisch-israelische »Normalisierung« ist allerdings schon im Gange. Riad hatte kürzlich für israelische Flugzeuge den Luftraum geöffnet. Zudem ist es ein offenes Geheimnis, dass beide Länder politisch und geheimdienstlich gegen den Iran und neuerdings auch gegen die Türkei kooperieren. Die engen Verbündeten Bahrain und auch die VAE werden sich zudem vor Unterzeichnung einer »Normalisierung« der Zustimmung des saudischen Königshauses versichert haben.

Anfang Oktober beschuldigte der frühere saudische Botschafter in den USA, Bandar bin Sultan, seit 2005 Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates, die Palästinenser, selbst für ihre Lage verantwortlich zu sein. Die palästinensische Führung habe alle An-

gebote Israels und der USA abgelehnt, erklärte er im saudischen Nachrichtensender *Al-Arabija*. Ihre Ausdrucksweise sei »niedrigstes Niveau« gewesen, ihr Verhalten gegenüber der Führung der Golfstaaten »unakzeptabel«. Ihre Wortwahl überrasche ihn allerdings wenig, so bin Sultan weiter: »Sie sprechen von »Verrat«, »Vertrauensbruch« und »in den Rücken fallen«, weil das ihre Art ist, miteinander umzugehen«, höhnte er. Die palästinensische Führung sei »historisch und permanent gescheitert«. Schon Jassir Arafat habe seine Chance nicht begriffen und zwei Friedensangebote von US-Präsidenten ausgeschlagen.

Die Ausführungen wurden in der Region als Signal an die andern arabischen Staaten ebenso wie an den Westen inter-

pretiert, ihrerseits den Druck auf die Palästinenser zu erhöhen.

Seit Anfang des Jahres sind Unterstützungszahlungen der arabischen Staaten an die Autonomiebehörde in Ramallah gegenüber dem Vorjahr 2019 um 81 Prozent zurückgegangen. Allein die Unterstützung aus Saudi-Arabien sei laut palästinensischem Finanzministerium um 77,2 Prozent zurückgegangen, berichtete die Nachrichtenseite *Al-Monitor* am Sonntag. Als Grund wurde einerseits auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronaviruspandemie verwiesen. Andererseits sei es vermutlich eine Reaktion vieler Staaten auf den Druck der USA. Washington hatte seine Hilfszahlungen von mehr als 200 Millionen US-Dollar an die Autonomiebehörde im Laufe des Jahres 2018 eingestellt. **Karin Leukefeld**